



Griechen-Hilfe: Berlin bremst

■ Merkel stellt jetzt Bedingungen für Hilfe

Athen braucht 45 Mrd. Euro, doch Deutsche stehen auf Kredit-Bremse: Griechenland muss sich mehr anstrengen, so Kanzlerin Angela Merkel.

Das Hilfsgesuch des Pleistaats Griechenland an EU und IWF (Internationaler Währungsfonds) steht in der Warteschleife. Einige EU-Staaten, allen voran Deutschland, bremsen: Sie befürchten, dass sie ihre Hilfskredite nie wiedersehen werden.

Hilfe unter Bedingungen. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble schließen sogar ein Nein nicht aus: Merkel fordert eine Eigenanstrengung Griechenlands, ein „tragfähiges und glaubwürdiges Programm“ mit weiteren „Sparanstrengungen“.

Die Verhandlungen darüber werden mindestens bis Anfang Mai dauern, sagt Merkel. Sie mahnt „Geduld“ an. Das beruhigt die Lage an den nervösen Finanzmärkten freilich nicht: Das Zinsniveau für Griechenland-Anleihen hat 9,52% er-

reicht – das ist mehr als dreimal so hoch wie die Zinsen, die Deutschland für Schulden bezahlen muss.

Österreichs Außenminister Michael Spindelegger (V) geht indessen auf Konfrontation mit Deutschland und fordert rasche Hilfe: „Alle müssen ein Interesse haben, dass der Euro stabil bleibt.“ Auch SP-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder will eine schnelle Entscheidung von den Deutschen. Es sei „wäh-



Merkel soll 8,4 Milliarden Euro zahlen – aber nur, wenn Athen spart.

AP, Kernmayer

rungepolitisch dringend notwendig ein klares Signal zu geben“.

Der Industrielle Hannes Androsch, Vize-Aufsichtsratschef der Banken-Hilfs holding Fimbag, sagt gegenüber ÖSTERREICH: „Wenn nicht jetzt den Griechen, dann wird man später unseren Banken helfen müs-

sen, die Forderungen gegen Griechenland haben.“

Insgesamt sollen die Euro-Länder Griechenland heuer bis zu 30 Mrd. Euro geben, schon Mitte Mai braucht Athen die erste Tranche. Deutschland soll dabei bis zu 8,4 Mrd. Euro übernehmen, der IWF weitere 15 Mrd. Euro zahlen.

Hannes Androsch zur Notwendigkeit, die Griechen zu stützen „Sonst brauchen Banken Hilfe“

ÖSTERREICH: Einige EU-Länder, vor allem Deutschland, bremsen bei der Griechenland-Hilfe.

HANNES ANDROSCH: Die Frage ist, wo wollen wir mit der Hilfe ansetzen? Wenn nicht jetzt bei den Griechen, dann wird es später bei den Banken sein müssen. Unsere Banken haben 5 Milliarden

Euro dort unten, die deutschen Banken 50 Milliarden. Ich verstehe die Diskussion nicht.

ÖSTERREICH: Das 45-Mrd.-Euro-Paket für Athen ist umstritten.

ANDROSCH: Das sind 1,5 Prozent der europäischen Schulden, das muss doch zu verkräften sein. Mir



kann niemand erzählen, dass man nicht gewusst hat, dass diese Situation kommen wird. Entscheidend ist jetzt, eine gute Lösung zu finden, die die Griechen selbst nicht überfordert: Es muss ein demokratieverträgliches Sparpaket für sie sein.